

Herrn Oberbürgermeister  
Thomas Eiskirch

# Antrag

**zur Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie  
am 14. September 2016**

## **Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus**

Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher kultureller, religiöser oder weltanschaulicher Orientierung ist ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie. Um die demokratischen Kräfte zu unterstützen und undemokratischen und rassistischen Entwicklungen entgegenzuwirken, hat das Land NRW am 10. Mai 2016 ein auf Prävention ausgerichtetes Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus mit dem Leitziel "Nordrhein-Westfalen handelt geschlossen für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander - gegen Rechtsextremismus und Rassismus" beschlossen.

Eines der Handlungsschwerpunkte ist die Stärkung des präventiven Handelns vor Ort. Das kommunale Förderprogramm "NRWeltoffen; Lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus" soll die Kommunen bei der nachhaltigen Entwicklung und Umsetzung präventiver Handlungskonzepte unterstützen.

Das Spektrum der förderfähigen Maßnahmen ist breit gefasst und umfasst beispielweise sowohl die spezifische Analysearbeit vor Ort zur Ermittlung von Problemlagen und Handlungsbedarfen, die Durchführung einer Bestandsanalyse zu bereits bestehenden Projekten und Aktivitäten wie auch die Umsetzung von Einzelmaßnahmen zur Erreichung der Ziele des örtlichen Handlungskonzeptes.

Der Förderbeginn wurde auf den 01.01.2017 gelegt; die Förderung endet zum 31.12.2018. Gefördert werden maximal 80 % der Personal- und Sachausgaben bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von 70.000 Euro.

Voraussetzung für die Förderung ist ein Beschluss des Rates der Stadt Bochum zur Entwicklung bzw. Umsetzung eines Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus, der spätestens zum Zeitpunkt der Bewilligung vorliegen muss.

Die Bewerbung um eine Förderung ist im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens bis zum 07. Oktober 2016 möglich.

**Vor diesem Hintergrund möge der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie beschließen:**

Das Jugendamt wird beauftragt, gegenüber dem zuständigen Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW das Interesse an der Teilnahme am Förderprogramm des Landes "NRWelftoffen; Lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus" zu bekunden und die erforderlichen Schritte zur Umsetzung einzuleiten.

Unter Einbeziehung verschiedener städtischer Akteure wie dem Kommunalen Integrationszentrum Bochum oder der Volkshochschule Bochum ist vom Jugendamt federführend eine Beschlussfassung in der Sitzung des Rates am 27. Oktober 2016 herbeizuführen.

Hermann Päuser  
SPD-Ratsfraktion

Manfred Preuß  
Fraktion Die Grünen im Rat